

Kore

Allgemeine Zeitung

Dienstag, 19. Juni 2018

Herausgegeben von Ares W. und Thanathos D. aus P.

5,00 Euro

kaz.gr

Die Flüchtlingsinsel unter Feuer

Die kleine Insel Malden ist neuer europäischer Kriegsschauplatz, der sich als explosiv erweisen könnte.

Etwa 20 Jahre liegt das Ende der Jugoslawienkriege nun zurück. Doch schon circa 1990 bahnte sich dieser internationale Konflikt der ehemaligen jugoslawischen Staaten, in Bosnien und Herzegowina an.

Schon damals keimte der Gedanke vom Verlassen der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawiens. Die Bevölkerung, welche sich aus hauptsächlich drei Lagern zusammensetzte, stand diesem Vorhaben sehr gespalten gegenüber.

Ab 1992 tobte dreieinhalb Jahre lang ein Bürgerkrieg im heutigen Bosnien und Herzegowina, der fast schon wie ein Stellvertreterkrieg wirkte.

Als Folge hieraus, wurde im Dayton Abkommen der neue und unabhängige Staat Bosnien und Herzegowina ins Leben gerufen. Doch er ist bis heute gespalten, in die von Bosniaken und bosnischen Kroaten bewohnte Region Bosnien und Herzegowina und die durch Serben bewohnte Republika Srpska. Diese Demographie trägt dazu bei, dass zwischen Serbien und B&Hg bis heute eine sehr schwierige aber intensive Verbindung besteht.

In diesem Krieg und dem folgenden, übergeordneten Jugoslawienkrieg ereigneten sich noch weitere territoriale Veränderung in diesem Gebiet.

So sorgte ein relativ unbekannter Unterabschnitt des Dayton-Abkommens für die Übertragung der Insel Malden, im südadratischen Meer, von B&Hg an das Nato-Mitglied Griechenland.

Während des Krieges hatten die Griechen auf dieser Insel ihren Hauptstützpunkt errichtet. Nach und nach zogen auch griechische Zivilisten nach Malden.

Zu den Ersten gehörten die Familien der Soldaten.

Als der Krieg sich dem Ende zuneigte äußerten viele Griechen den Wunsch auf der Insel zu verbleiben. Da das Dayton-Abkommen eine andauernde Überwachung des neuen Staates vorsah, nutzten die Verhandlungsführer der UN dies, um Malden, an die Griechen zu übertragen.

Jedoch zeigen auch heutige Volkszählungen noch, dass auf der Insel etwa 76,4% Serben und Bosniaken leben.

In der neueren Vergangenheit machte Malden erneut Schlagzeilen. Jedoch nicht mehr als Gegenstand des Jugoslawienkrieges, der Heute mit etwa 100.000 Toten dotiert wird.

Stattdessen ist er immer wieder Anlaufstelle von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer.

Im Zuge der großen Flüchtlingsströme seit 2015 wurden viele Flüchtlinge nach Malden gefahren.

Diese Flüchtlinge waren zumeist solche, die in humanitär maritimen Missionen von italienischen und griechischen Schiffen, in Zusammenarbeit mit Ärzten ohne Grenzen, im Meer aufgesammelt wurden.

“Auf Grund seiner Lage im adriatischen Meer und dem ausgebauten Nato-Stützpunkt, eignete und eignet sich Malden, aus Sicht der EU und des UNHCR (der Flüchtlingsorganisation der UN) außerordentlich gut, um die Logistik hinter diesen Völkerwanderungen zu bewältigen!”, so der Sprecher der EU in einer Konferenz zum Thema humanitäre Hilfe im Mittelmeer im vergangenen Jahr.

Diesbezüglich wurde der Standort Malden von Wirtschaftswissenschaftlern und Politologen gleichermaßen gelobt. Der deutsche Pressesprecher nannte die dortige Arbeit einen *“Wichtigen Standfuß der deutschen und auch europäischen Asylstrategie”*. Eine Position, die seither im Fokus der ausländerfeindlichen Politik rechter Parteien steht und Malden zum Symbol des politischen Kampfes von Menschenliebe gegen Nationalismus machte.

Doch von den Demonstrationen auf Europäisches Festland und der Insel selbst ist mittlerweile kaum etwas zu spüren. Denn seit nun vier Monaten blicken EU, Nato und auch die UN besorgt auf andere Entwicklungen um das Gebiet.

Vor vier Monaten kam es zu einem Treffen vom bosnischen Präsidenten Milorad Dodik und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić. Sie trafen sich in

Banja Luka, dem Regierungssitz der Entität Republika Srpska.

In einer angeschlossenen Konferenz gaben die beiden Staatsoberhäupter bekannt, dass es sich vorwiegend um Belange der bosnischen Serben handelte. Jedoch wurde auch die Insel Malden thematisiert.

“Die Hoheitsfrage von Malden muss nun, 20 Jahre nach den verheerenden Kriegen, neu geklärt werden.”, so Präsident Vučić. Dodik fügte hinzu: *“Die Insel ist seit jeher bewohnt von Landsleuten unserer Staaten, deren Bedürfnisse wir jedoch nicht gerecht werden können, solange Griechenland weiter seinen Anspruch auf dieses Gebiet beibehält!”*

In einem weiteren Gespräch, in der Hauptstadt Bosnien und Herzegowinas, Sarajewo, schlossen die beiden Länder einen Bund.

Der sogenannte *“Volkspakt-Bosnien und Herzegowina-Serbien”* nennt dabei das Wohl seiner Bürger, als oberstes Ziel.

Der beunruhigende Teil dieses Paktes betrifft jedoch die Erwähnung Maldens. Im Abschnitt 4 macht der Bund eine klare Ansage dazu, wie mit Malden zu verfahren sei und auf welchem Weg sie planen, dies zu erreichen.

Malden solle dem zu Folge ein Staatsgebiet der Republika Srpska werden.

Der Politikwissenschaftler Dr. Bernd Wimers sagte hierzu: *“Diese Bekundung ist aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen wird im gleichen Atemzug auch ein militärischer Lösungsweg in Betracht gezogen und zum anderen kann ein damit assoziierter Streit um das Gebiet einen bewaffneten Konflikt der beiden Staaten neu entfachen. Auch die Wahl des Ortes macht deutlich, dass diese Gefahr nicht zu unterschätzen ist!”*

Damit spielt Wimers auf die Bedeutung des Ortes Sarajewo an, welchem eine besondere Bedeutung für den schrecklichen ersten Weltkrieg, in Form des Attentats von Sarajewo, zugemessen wird.

Seit Anfang des Monats wissen wir nun, dass der militärische Weg nicht nur ein letztes Mittel der Drohung war.

Denn schon nach zwei Wochen der Verhandlungen mit Griechenland, brachen die Außenminister der beiden anderen Balkanstaaten die Gespräche ab.

Seitdem erreichen uns fast täglich neue Berichte um die Lage um Malden. So kommt es italienischen und griechischen Nachrichtenquellen vermehrt zu Muskelspielen und auch offenen Auseinandersetzungen im Meer um Malden, auf griechischem Gebiet.

Die Lage destabilisiert sich dabei immer weiter und erste Berichte von zivilen Opfern kommen auf.

Erst vergangene Woche meldete eine Zeitung von der Insel Malden selbst, dass eine Verirrte Salve der bosnischen Marine die Insel traf und mindestens fünf Einwohner verletzte.

Aus Sicherheitsgründen wurde der zivile Seeverkehr von und nach Malden stark eingeschränkt.

Die Luftwaffe der Serben wurde bisher noch nicht explizit eingesetzt, jedoch zeigen sich die Griechen sehr besorgt über diese Streitkräfte.

Diese Ohnmacht, dem Konflikt beizukommen, wird noch verschärft durch die Unstimmigkeiten innerhalb des griechischen Parlaments.

So verlegte der Verteidigungsminister Kammenos erst Anfang April etwa 7000 Soldaten an die türkische Grenze, weil er sich von der türkischen Regierung bedroht und eingeschüchtert fühle. Staatschef Tsirpas rief den Minister bereits zur Mäßigung auf.

Berichten zufolge scheint sich das Kabinett jedoch noch nicht einig geworden zu sein und begünstigt damit das Fortlaufen des Konfliktes um Malden.

Vergangen Freitag erbat der griechische Verteidigungsminister dann offiziell Hilfe von den Nato-Mitgliedern.

Er gab dabei zu, dass es den griechischen Streitkräften nicht möglich sei, diese Gefechte zeitnah zu beenden.

Dieser Hilfesuch erfuhr von verschiedenen Seiten Unterstützung:

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen berichtete zusammen mit dem UNHCR, dass es unumgänglich sei, dass der Konflikt auf Malden beigelegt wird, um den Flüchtlingen zu helfen.

“Zum jetzigen Zeitpunkt ist die humanitäre Hilfe, die wir leisten können, ohnehin stark eingeschränkt, da wir lediglich ein Schiff zur Verfügung haben, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Wenn die Ladung auf Malden weiterhin an Gefährlichkeit zunimmt, könnte dies zum gefährlichsten Teil der Flucht werden!”, sagte der Sprecher von Ärzte ohne Grenzen.

Eine andere Stimme wurde vom ehemaligen Präsidenten der USA, Bill Clinton, laut. Er betonte, dass ein Verlust der Herrschaft über diese Insel das ganze Dayton-Abkommen in Gefahr bringt. *“Wenn die Länder diesen Teil des Abkommens anfechten, dann können wir uns nicht sicher sein, das der Rest des Abkommens weiter Bestand hat.”*, sagte Clinton.

Sollte dies eintreten stünde die NATO vor der Fortsetzung eines Fiaskos, dass in der Geschichte stets für das Versagen der UN stand.

Am Sonntag äußerte sich der NATO-Sprecher und gab bekannt, dass es sich bei der Lage auf Malden um einen ernstesten Konflikt handle, der in jedem Fall schnell beigelegt werden muss. Daher werden nun die Nato-Mitglieder aufgefordert sich nach Artikel 5, den griechischen Truppen anzuschließen und die Kämpfe zu beenden. Besonders die europäischen Staaten müssen jetzt schnell handeln, so der Sprecher.

Als Folge daraus gab Italiens Präsident Mattarella eine Pressekonferenz:

“Europa kann keine weiteren Konflikte gebrauchen. In einer Zeit, in der bürgerkriegsähnliche Zustände in der Ukraine vorherrschen, die Ränge der EU Großbritannien verlieren, fremdenfeindliche Parteien an Macht gewinnen und selbst Italien Schwierigkeiten bei der Bildung einer Regierung hat, müssen wir zusammenstehen. Wir können nicht zulassen, dass Europa zerfällt. Dieser Pakt von Sarajewo darf nicht der Nachfolger des Attentats 1914 werden!”

Mattarella entsandte daraufhin Marinestreitkräfte. Jedoch kann auch Italien nur wenig Unterstützung anbieten. Die Marine der Italiener ist bereits seit letztem Jahr vor der Küste von Libyen im Einsatz. Sie bekämpfen dort unter anderem Schlepper. Eine Aufgabe, die durch den Wegfall von Malden, als Anlaufstelle, noch einmal an Wichtigkeit zugenommen hat.

Daher blickte die EU nach der Konferenz vor allem nach Deutschland.

Dort gab Ursula von der Leyen dann am heutigen Morgen bekannt, dass auch die Bundeswehr Truppen entsenden würde.

Jedoch machte sie dabei noch keine Angaben darüber mit wie vielen Truppen, für welchen Zweck gerechnet werden kann, geschweige denn, welche Einheit diesen Auftrag erhält.

Sie fügte in der Konferenz hinzu, dass man hoffe *„mit Hilfe der Italiener und eventueller weiterer Hilfe, an der Seite der Griechen, den Konflikt zu einem schnellen Ende zu bringen und der Insel wieder Ruhe und Sicherheit zu bringen.“*

Es bleibt nun nichts als Abwarten, die Hoffnung auf ein baldiges Ende nicht aufzugeben und den Bewohnern die Stärke zu wünschen, all dies zu überstehen.

Malden muss wieder zu einem Symbol werden: Einem Symbol für Hoffnung, Menschenliebe und Frieden.

Und kein Mahnmal von europäischem Versagen, dass etliche Menschenleben kostet.